

Erscheinung
täglich mit Ausnahme Sonn-
und Feiertags

Bezugspreise
vierteljährlich 3,50 M. frei ins-
haus gebracht; durch die Post-
bezogen 3 M. 25 Pf.

Wochenlatten 25 Pf.
Einzelnummern kosten
10 Pf.

Kreis-Zeitung

für den Obertaunus-Kreis.

Anzeigenpreis

die viergespaltene Garmond-
zeile oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachrichten- und
Beitragsteil die
Beitragsteile 35 Pfg. — Nach-
trag bei öfteren Wiederhol-
ungen. — Laufende Wohn-
ungsanzeigen nach Vereinbarung.

Geschäftsstelle

Luisenstraße 73, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 11569
Frankfurt a. M.

Deutscher Reichstag.

In der heutigen Sitzung des Reichstags erging nach Erledigung einer Reihe Anfragen und des Gesetzentwurfs über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft Reichskanzler Prinz Max von Baden das Wort und führte u. a. aus:

Das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Ausichten die Regierung für das Gelingen der Friedensfrage zu sehen glaubt. Sie werden verstehen, daß ich mich hierüber nur mit der größten Zurückhaltung äußern kann. Die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage „Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden“ auf den Höhepunkt geführt. Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volk keine Klarheit gebracht. Bis dahin müssen wir uns in allen unseren Gedanken und in allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten richten: 1. darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das man zum äußersten treibt. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie im Namen des Volkes sprechen durfte, als sie für den Frieden handelnd eingriff. (Beifall.) Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt hat, der hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kamplos einem Gewaltfrieden zu beugen. (Beifall.) Aber auch die zweite Möglichkeit müssen wir heute ins Auge fassen. Für unsere Nachstellung soll nicht mehr gelten, was wir selbst für recht halten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Gegnern als recht erkannt wird. Eine schwere Ueberwindung für ein stolzes und sieggewohntes Volk! Denn die Rechtsfrage macht nicht Halt vor unseren Landesgrenzen. Die Sätze, die wir als für uns maßgebend angenommen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebiets. Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkerbund. Wenn wir heute in dieser schweren Stunde unserem Volk den Völkerbundsgedanken als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stellen, so will ich keinen Augenblick darüber hinwegtäuschen, welche gewaltigen Widerstände noch zu überwinden sind, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann. Den Aufgaben des Krieges oder Friedens werden wir nur gewachsen sein durch die Durchführung des Regierungsprogramms und die entschiedene Abwehr vom alten System. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Reichskanzler kommt dann auf die Fragen der inneren Politik zu sprechen und gedenkt am Schluß seiner Ausführungen unter lebhaftem Beifall des Hauses unserer Soldaten. Die Heimat werde sie nicht im Stich lassen und alles hergeben an Menschen, Mitteln und Gut.

An der anschließenden Debatte beteiligten sich die Abgg. Herold (Ztr.), Ebert (Soz.), Naumann (Vp.), Dr. Stresemann (natl.) und Graf Westarp (kons.) Von den Abgg. Gotheim, Herold und Stresemann ist eine Resolution eingegangen, in der dem Reichskanzler das Vertrauen des Reichstags ausgesprochen wird.

Die Weiterberatung wird schließlich auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Schluß 6½ Uhr.

Betrachtungen.

„Der erste Tag des neuen Deutschlands“. So überschreibt die „Börsezeitung“ ihre Betrachtung über die gestrige Reichstagsitzung. Das Bekenntnis des Reichskanzlers zur neuen deutschen Staatsform dem Parlamentarismus, war so weitgehend, daß alle, die eine neue Zeit ersehnten, weil das Volk seit langem reif für sie war, befriedigt sein konnten.

Im „Berliner Tageblatt“ heißt es: Die Rede des Kanzlers war in ihrem Ton von jenem Ernst und jener Würde getragen, die der gegenwärtigen Stunde angemessen ist. Sachlich war sie ein Versuch, die politische Stimmung zu charakterisieren, die nach der Parlamentarisierung der Regierung in die Reichsleitung eingezogen ist. Das Ethische trat in den Vordergrund, und außen- und innenpolitisch zog der Prinz mit klaren Worten die notwendigen praktischen Folgerungen aus der neuen Situation. Ueber das Echo in der feindlichen Presse machen wir uns keine Illusionen. Es wird nicht anders wie bisher. Der Prinz hat aber erklärt, daß, wenn das deutsche Volk zum äußersten getrieben werde, es zur nationalen Verteidigung aufgerufen werden solle.

Im „Berliner Lokalanzeiger“ heißt es: Was gestern die Seelen am tiefsten bewegte, das wollte und konnte man nicht aussprechen. Der Notenwechsel mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten wurde darum auch von allen Rednern wenig gründlich behandelt. Zwei tröstende Gedanken lehrten in allen Reden wieder: Der eine ist der, daß die Ruhmestaten des deutschen Heeres und des deutschen Volkes, wie der Krieg auch ausgehen möge, niemals vergessen werden können, und daß es eine niederrückende Unabwiesbarkeit ist, wenn man die Schuld an der Wendung,

die auf den Schlachtfeldern eingetreten ist, dem Heere zuschreibt; und der andere ist der, daß das deutsche Volk sich nie einem Gewaltfrieden beugen wird.

Der „Vorwärts“ sagt: Das alte System ist zugrunde gegangen, nachdem es uns den Haß aller Völker eingetragen hat. Er wird in dem Maße schwinden, in dem die Wiedergeburt des deutschen Volkes der Welt sichtbar wird; und daran wollen wir arbeiten. Es gilt, die Liebe einer Welt zu erobern, die ein so tüchtiges Volk wie das deutsche reichlich verdient.

Eine Rede des Königs von England.

Frankfurt a. M., 23. Okt. (Priv.-Tel.) Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus dem Haag berichtet wird, übermittelte Reuter den Text einer Rede die König Georg vor einer interparlamentarischen Kommission, die aus 30 Engländern, 22 Franzosen, 8 Italienern und einem Belgier bestand, hielt. Der König sagte u. a.:

„Die Heere Frankreichs, Italiens, Belgiens und der Vereinigten Staaten treiben gemeinschaftlich mit unserem Heer den Feind vor sich her. Seine Kraft ist gebrochen, sein Volk ruft um Frieden. Der Sieg ist uns nahe. Wir alle sind darin einig, daß der Sieg vollständig und entscheidend sein muß.“ König Georg rühmt dann den Anteil, den die Parlamente an diesem Erfolge hätten, indem sie die Generale und Soldaten fortwährend unterstützten. Zu den Italienern gewandt, sagte der König: „Ich wünsche Ihnen Glück zu der Aussicht für die Wiedergewinnung der Gebiete, die vom Alpenschnee bedeckt werden, wo Ihre tapferen Soldaten sich so viel Ruhm erworben haben und die bewohnt werden von Leuten, die Ihrer Rasse sind und Ihre Sprache reden und die schon lange gewünscht haben, mit dem großen Italien vereinigt zu werden. Und für Sie, meine Herren Parlamentarier aus Frankreich, nach der Augenblick der Zurückgabe der Provinzen, die vor 47 Jahren von Ihrem Lande losgerissen wurden und die niemals ihre Anhänglichkeit an Frankreich verloren haben. Zwischen Italien und England hat immer Friede bestanden, und die englische Regierung brachte dem italienischen Volk bei seiner Wiedererhebung zur Einheit und Freiheit die größte Sympathie entgegen. Mit Ihrem Lande, Senatoren und Abgeordnete Frankreichs, war es einstmals anders. In früheren Jahrhunderten wurden zwischen unseren beiden Nationen große Kriege geführt. Jedoch in diesen Kriegen wurde stets von beiden Seiten ein ritterlicher Geist gezeigt, der die Erbitterung ausschloß, und als der Friede kam, wurde er in einer Stimmung gegenseitiger Achtung geschlossen. Wir in England bewunderten stets die glänzenden Talente Frankreichs, und erkannten gerne an, was wir auf intellektuellem Gebiete diesem Lande zu danken haben. Dies hat die Grundlage zu der Sympathie gelegt, die zwischen unseren beiden Völkern herrscht und wächst. Die Eintracht und das Zusammenwirken, so hoffe ich, werden unter dem Segen der Vorsehung eine Garantie für den Frieden sein, nicht nur für unser eigenes Volk, sondern für das ganze freie Europa, das nach der Rückkehr zur Ruhe und Fortschritt verlangt. Mein erster Wunsch ist es, Ihr Besuch in England möge das gegenseitige Verständnis noch weiter stärken und wachsen lassen.“

Dann begrüßte der König die Belgier: „Ihr Land, das in der wahnsinnigsten Weise überfallen und verwüstet wurde, hatte furchtbar zu leiden, aber der Tag der Befreiung ist nahe.“ — Es antworteten dann die Vertreter der einzelnen Nationen.

Die finnische Königsfrage.

Berlin, 22. Okt. (Priv.-Tel.) Aus Helsingfors wird der „Nordd. Allgem. Ztg.“ gemeldet: „Suomen Sosialdemokraati“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß bei der finnischen Regierung ein Telegramm aus Deutschland eingetroffen sei, demzufolge Prinz Friedrich Karl von Hessen erklärt habe, daß er vor Ablauf von zwei Monaten keine endgültige Antwort betreffs Uebernahme der finnischen Krone geben könne, da er kein Friedenshindernis sein wolle.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 22. Okt. (M. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Lys und Schelde Infanterie-Gesetzte. Mehrfach suchte der Feind mit kleineren und stärkeren Abteilungen die Flüsse zu überschreiten. Nordöstlich von Kortrijk drang er mit Panzerwagen, südöstlich von Kortrijk mit starken Kräften gegen unsere Linien vor. Er wurde überall verlustreich abgewiesen. Vizegouverneur Müller der 9. Batterie Feld-Art.-Regts. 221 vernichtete hierbei 6 Panzerwagen des Gegners. Engländer besetzten die von uns gesicherten Richtpunkte von St. Amand mit Maschinengewehren. Beiderseits von Solesmes und Le Cateau hat der Feind seine Angriffe nicht erneuert. In nächst-

lichen Teilangriffen fielen die Gefühle von Amerval in seine Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Französische Angriffe, die am Morgen nördlich der Serre, am Nachmittag auf breiterer Front zwischen Dife und Serre gegen unsere Linien vorbrachen, wurden abgewiesen. Nordwestlich von Desbrecourt führten schlesische Truppen einen erfolgreichen Gegenangriff durch.

Auf den Aisne-Höhen östlich von Bouziers dauern heftige Kämpfe an. Württembergische Regimenter haben im Verein mit preussischen und bayerischen Bataillonen dem Feinde in erfolgreichen Gegenangriffen die Höhen östlich von Bandy, zwischen Ballay und Chetres und nördlich von Jalaise wieder entzogen und gegen starke Gegenangriffe des Gegners behauptet. Westlich von Olizy scheiterte ein Teilangriff des Feindes.

Heeresgruppe Gallwitz.

Nach heftiger Artillerievorbereitung griff der Amerikaner nördlich von Sommeanes und in breiterer Front beiderseits von Bantheville an. Im Feuer und im Gegenstoß sind die Angriffe des Gegners gescheitert. Vornehmlich im Feuer unserer Maschinengewehre und Infanteriegeschütze erlitt der Amerikaner wiederum hohe Verluste.

Aus einem Geschwader von etwa acht feindlichen Flugzeugen, das Ortschaften im Vahntal angriff, wurden 4 Flugzeuge abgeschossen.

Leutnant Beltjens errang seinen 35. Luftsieg.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Krusevac und am Bulovic scheiterten feindliche Angriffe. Erfolgreiche eigene Unternehmungen bei Trubarevo an der südlichen Morava.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Kriegsminister Scheuch über die Kriegsanleihe:

Wer nicht Kriegsanleihe zeichnet, handelt falsch, denn die Kriegsanleihe wird immer mindestens so gut sein wie bares Geld.

Scheuch

Starke Angriffe in Flandern.

Berlin, 22. Okt., abends. (M. T. B. Amtlich.) Starke Angriffe in Flandern südwestlich von Deinze und östlich von Kortrijk brachten dem Feind nur örtlich begrenzten Bodengewinn. Auf dem östlichen Aisne-Ufer, beiderseits Bouziers und östlich von Aircy sind heftige Angriffe der Franzosen gescheitert.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 23. Okt. 1918.

Stadtverordneten-Versammlung

vom 22. Oktober.

Zu der gestrigen Sitzung war der Magistrat vollständig erschienen und 20 Stadtverordnete. Eine Anzahl Stadtverordneten hatten eine Besprechung über die Einquartierung und die Lebensmittelförderung beantragt und weil Dringlichkeit vorliegt, wurde die Versammlung einberufen. Eine Nachtrags-Tagesordnung nannte noch eine Kreditergänzung für den Bau des Mineralwasserbehälters im Hardtwald und Ausschneiden des Kurfonds aus dem städtischen Voranschlag. In dem Antrag sprechen die Stadtverordneten den Wunsch aus, zu hören, was die Bürgerschaft über die so überraschend gekommene Einquartierung und die damit verknüpften Rechten und Pflichten wissen muß.

Stadtp. Everts erläutert den Antrag.

Der Magistrat hat sich bereits mit derselben Angelegenheit beschäftigt und der Vorsitzende bringt dessen Beschluß zur Kenntnis. Zunächst wird eine Kommission zur Festsetzung der von der Militärbehörde zu leistenden Vergütung für die Benutzung von Häusern, Grundstücken usw. vorgeschlagen, die aber der Kreisausschuß zu wählen hat. Genannt werden lauter Auswärtige und aus der Versammlung wird der Kommission ev. nur der Stadtp. Schlichtner als Sachverständiger angehört. Das wichtigste in dem Magistratsantrag ist, daß den Quartiergebern nur noch die Sätze der staatlichen Servisklasse gewährt werden soll, also der städtische Zuschuß zu den Quartiergebern künftig wegfällt.

Oberbürgermeister Lübke nimmt das Wort und verbreitet sich eingehend über die Einquartierung und über die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen, über die Entschädigung zur entgangenen Nutzung der Häuser und Grundstücke und über die Verpflichtung, Militärpersonen zu den Sägen des Servistatutes aufzunehmen. Dann schildert er, in welcher Weise die Quartiermachung vor sich gegangen und daß sich die Bürgererschaft beschwert habe, weil angeblich mit Härte und Rücksichtslosigkeit vorgegangen worden sei. Dabei wäre allerdings manches als Härte bezeichnet worden, was die Kriegsverhältnisse mit sich gebracht. Wirklich unangemessenes Auftreten möge die Bürgererschaft dem Magistrat mitteilen, der veranlassen würde, daß von den maßgebenden Stellen Abhilfe geschafft werde. Möglich wäre schon, daß einzelne Herren zu hart aufgetreten sind, wohl in allerhöchster Weise Quartiere beschafft worden müßten. Dieses schnelle Tempo sei jetzt nicht mehr nötig. Die Bürgererschaft aber bittet der Oberbürgermeister davon überzeugt zu sein, daß er alles getan habe, was in seinen Kräften stand.

Hinsichtlich der Magistratsvorlage bemerkt Oberbürgermeister Lübke, daß sich der Magistrat eingehend mit der Frage befaßt habe, ob die bisherigen Sägen (Zuschuß zu dem Quartiergeld) bestehen bleiben können. Der Magistrat ist zu der Überzeugung gekommen, daß damit aufgehört werden müsse, weil es eine schwere Schuldenlast für die Stadt bedeute. Andere Städte gewährten diese Beihilfe auch nicht mehr, nur in Homburg sei man bisher rücksichtsvoller gewesen wie andere Städte mit ganz anderen Mitteln. — Das Gesetz verlange, daß der Quartiergeber auch die Heizung stelle. Es sei deshalb dafür gefordert worden, daß Homburg in diesem Winter mit mehr Kohlen, zur Zufriedenheit der Bürgererschaft, beliefert werde. Die Befreiung der Entschädigung für die von der Heeresverwaltung beanspruchten Häuser, werde auf Grund eines privaten Abkommens zwischen dem Hausbesitzer und der Heeresverwaltung geregelt.

Stadto. Everts dankt namens der Antragsteller für die erteilte Auskunft und hätte (mit ihm auch der Stadto. Denfeld) noch gerne die Frage über die Einteilung der Quartiere beantwortet.

Oberbürgermeister Lübke erwidert, daß für Homburg und Kirchdorf eine bestimmte Einteilung in Bezirke bestehe. Der Quartiermeister habe die einzelnen Bezirke eingeteilt. Die Regelung innerhalb des Bezirks sei Sache der Militärbehörde. Ein Bezirk werde wie der andere behandelt.

Stadto. Everts bemerkt, daß ihm zu Ohren gekommen sei, daß manchen Herren die Zimmer nicht „luxuriös“ genug gewesen wären. Derartige Ansprüche dürften doch keinesfalls den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

Oberbürgermeister Lübke versichert, daß ein solches Verlangen nicht nur gegen die gesetzlichen Vorschriften gehe, sondern auch in keiner Weise den Intentionen der militärischen Behörden entsprechen würde.

Stadto. Dippel erklärt, daß heute niemand mehr in der Lage sei, einem Soldaten für täglich 15 Pfg. Quartier zu gewähren. Ohne städtischen Zuschuß sei das eine Härte, weshalb man über diese Frage nicht so schnell hinweggehen sollte.

Oberbürgermeister Lübke bemerkt, daß der Magistrat sich auch mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Er habe den Versuch gemacht eine Erhöhung des Satzes des Servistatutes (15 Pfg.) zu erreichen.

Stadto. Schid schließt sich den Ausführungen des Stadtoverordneten Dippel an. 15 Pfennige sei kein Geld, dafür neben der Wärme noch Heizung und Beleuchtung zu gewähren empfinde jeder als eine Härte.

Stadto. Becker empfiehlt das „Kaiser-Wilhelm-Bad“ als Quartier, worauf Oberbürgermeister Lübke bemerkt, daß an Quartieren kein Mangel sei. Das bezweifelt Stadto. Kaab. Man möge nur diese Räume für die Einquartierung heranziehen, schon um den Stadtteil Kirchdorf zu entlasten, der allein 1000 Mann unterzubringen habe. Homburg dagegen müsse, wenn er recht unterrichtet sei, nur für 2000 Mann Quartiere stellen.

Oberbürgermeister Lübke entgegnet, daß dafür Homburg die Büroräume zu stellen habe.

Stadto. Everts beklagt, daß einzelne Familien drei, vier oder gar fünf Mann bekommen hätten. Das ginge auf eine Nacht, auch auf zwei Nächte, aber nicht auf die Dauer und auf die Dauer könne kein Quartiergeber ohne städtischen Zuschuß auskommen.

Stadto. Dippel findet es begreiflich, daß die Stadt die Last von sich abwälzen wolle, aber sie wälze sie auf die Bürgererschaft.

Oberbürgermeister Lübke erwidert, daß die Belastung der Stadt durch die Gewährung von Zuschüssen auf die Quartiergelder gar bedeutend sei. Sie hat bis jetzt rund 300 000 Mark dafür aufgewandt. Diese Summe erhöhte sich jetzt, bei der neuen Einquartierung, täglich um 1500 Mark und dürfte am Schlusse dieses Jahres den Betrag von einer halben Million pro Jahr erreichen. Was das zu bedeuten habe wenn die Stadt das bisherige Verfahren beibehalte, möge jeder selbst beurteilen.

Stadto. Dr. Pariser erbt in dem geringen Satz von 15 Pfennigen eine unlegbare Härte. Trotz der hohen Summe, die Oberbürgermeister Lübke genannt habe, bittet er den Magistrat, die Frage nicht zu verabschieden, sondern zu erwägen ob doch nicht ein Zuschuß, wenn auch mit einem Abstrich, gewährt werden kann. Die Höhe desselben könne evtl. nach dem Steuersatz geregelt werden. Er regt an, diejenigen, die aus irgend welchem Grunde von der Einquartierung frei blieben, mit einer Steuer zu belegen und die Einnahme als Zuschuß zu den Quartiergeldern zu verwenden.

Stadto. Denfeld deutet auf den Kreis und meint, ob der nicht um Unterstützung angegangen werden könne.

Oberbürgermeister Lübke findet die Ideen des Stadto. Dr. Pariser an sich sehr schön, aber die Verwirklichung verbiete das Gesetz. Ein Ausgleich könne vielleicht dadurch geschaffen werden, daß bei längerer Dauer der Einquartierung gewechselt werde. Das heißt, daß alle, die bisher davon verschont geblieben sind, zur Ent-

lastung der bisherigen Quartiergeber, Leute erhalten. Bezüglich der Kreishilfe wird bemerkt, daß Homburg nicht die einzige Gemeinde sei, die Einquartierung erhalten hätte. Unsere Finanzlage, so schließt Oberbürgermeister Lübke, ist nicht rosig und größte Zurückhaltung erscheint geboten.

Eine längere Diskussion über die Lebensmittelversorgung setzte jetzt ein, über die wir wegen Raum-mangel und noch aus anderen Gründen, die hier nicht erörtert werden können, nicht ausführlicher werden wollen. Besprochen wird die Kartoffelversorgung für den Winter und das „Abgrafen“ der Umgegend durch Einquartierte, (nebenher bemerkt, ist es den Militärpersonen strengstens untersagt worden, Lebensmittel anzukaufen, die der öffentlichen Bewirtschaftung unterstehen). Moniert wird die geringe Kartoffelration, (darüber hat eine höhere Instanz zu befinden), der Schleichhandel, alle Maßnahmen dagegen würden, so meint Stadto. Dippel, daneben-halten usw. usw.

Bei der Abstimmung wird die Wahl der Abschätzungs-kommission, dem Magistratsantrag entsprechend, gutge-heißen. Dagegen wird die Gewährung der Sägen der staat-lichen Servistatute ohne städtischen Zuschuß, zunächst den Vereinigten Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen.

Zur Beratung stand noch eine Nachtrags-Tagesord-nung. Punkt 1 derselben betrifft eine Kreditergänzung für den Bau des Mineralwasserbehälters im Hardwald. Der Magistrat zieht seinen diesbezüglichen Antrag zurück.

Punkt 2 handelt von dem Ausschneiden des Kur-fonds aus dem städtischen Voranschlag, eine rein for-male Sache, wie der Vorsitzende dazu bemerkt. Der Magi-strat 11 hatte beantragt, den Fonds in Höhe von 2 Mill. 863 321 Mark aus dem städtischen Voranschlag auszuschnei-den. Nach dem Magistratsbeschlusse, der von der Versam-lung angenommen wird, soll der Kurfonds in dem Vor-ananschlag verbleiben, dagegen soll die Rechnung nach wie vor für sich gestellt werden.

Die Tagesordnung der öffentlichen Beratung ist da-mit erledigt. Eine kurze geheime Sitzung folgte.

* **Philharmonische Konzerte.** Ueber die „Philharmoni-schen Konzerte“, welche, wie bereits mitgeteilt, von dem Kur- und Sinfonieorchester unter Kapellmeister Karl Ehrenberg in diesem Winter im Kurhaustheater ver-anstaltet werden, erhalten wir folgende Darstellung: Wie bereits früher bekanntgegeben wurde und wie aus der nunmehrigen Bezeichnung des Orchesters als „Kur- und Sinfonieorchester“ hervorgeht, besteht seitens der Kur-verwaltung der Wunsch und die Absicht, das musikalische Leben der Stadt Homburg einem, dem Wertus des Bades entsprechenden, neuen Aufschwunge entgegenzuführen. Zu diesem Zwecke gedenkt die Kurverwaltung neben regel-mäßigen Sinfoniekonzerten, welche auf Grund ihrer mäßi-gen Eintrittspreise wohl als Volkskonzerte bezeichnet werden könnten, eine Reihe philharmonischer Kon-zerte großen Stils unter Hinzuziehung hervorragender Solisten, im Theater unter Eröffnung eines Abonnements zu veranstalten. Diese Konzerte, deren Zahl für diesen Winter auf 5 angesetzt ist, sollen der Pflege bester klassi-scher und moderner sinfonischer Musik dienen. Das Or-chester wird jeweils den Anforderungen der aufzuführenden Werke entsprechend erheblich verstärkt sein. Ferner er-möglicht die Mitwirkung erster solistischer Kräfte die Auf-führung zahlreicher, hier noch nicht gehörter Werke, wo-durch die Vortragssolgen äußerst abwechslungsreich und anregend gestaltet werden können.

Das erste philharmonische Konzert findet am 2. Novem-ber statt unter Mitwirkung der hervorragenden Pianistin Frau Wera Schapira aus Wien, welche mit Recht den Ruf des ersten Klaviersvirtuosen unserer Zeit genießt und überall, wo sie spielt, die stürmische Begeiste-rung der ausverkauften Häuser hervorruft.

Als Solisten sind in Aussicht genommen: Wera Scha-pira, Klavier, Wien. Ilona Durigo, 1. Kammerfänge-rin, Wien. Maria Voguin, 2. Kammerfängerin, München. Prof. Havemann, Violine, Dresden. Prof. Bottermund, Violoncello, Amsterdam.

Zur Aufführung sind vorgesehen: L. van Beethoven: Sinfonie Nr. 7 A-dur; Ouvertüre op. 124. Anton Dvořak: Konzert für Violoncello. Ch. W. von Gluck: Ballet-Suite. Jos. Haydn: Sinfonie g-dur Nr. 13. W. A. Mo-zart: Violinkonzert. Gustav Mahler: Adagietto. Franz Liszt: Klavierkonzert es-dur; Tasso. Franz Schubert: Sinfonie c-dur (Nr. 7). Robert Schumann: Sinfonie d-moll (Nr. 4). Richard Strauss: Tod und Verklärung. Rimsky-Korsakoff: Scheherazade. Arnold Schönberg: Ver-körperte Nacht. Hugo Wolf: Italienische Serenade. C. W. von Weber: Ouvertüre zu „Oberon“. Richard Wagner: Vorspiel zu „Die Meistersinger von Nürnberg“.

* **Atten-Gesellschaft Bad Homburg.** Ueber ein troh Kriegszeit günstiges Betriebsergebnis am Ende der Som-merfaison, konnte jetzt Generaldirektor Feldsperer der Generalversammlung, die der stellvertretende Vorsitzende, Herr Arnold Ballauf, leitete, Bericht erstatten. Danach haben sämtliche Betriebsabteilungen mit Vorteil gear-beitet. Die Frequenz hat sich um 15 Prozent gehoben, dementsprechend sind auch die Einnahmen aus Kartagen gestiegen. Bemerkenswert ist, daß sich das Homburger Abonnement nahezu verdoppelt hat. Erhöhtes Interesse fand das Theater. Das sich daraus ergebende Plus an Einnahmen setzte die Verwaltung in den Stand tüchtige Kräfte für die Darstellung heranzuziehen. Der gute Ge-schäftsstand der Gesellschaft beweist, daß die Kurverhält-nisse sich gebessert haben und diese Besserung dürfte auf den privaten Fremdenbetrieb sowohl als auch auf den gesamten Wirtschaftsbetrieb der Stadt, nicht ohne Ein-fluß geblieben sein. Wir freuen uns des Erfolges der Gesellschaft, den sie trotz allen Aufwendungen und nicht unerheblichen Belastungen verbuchen kann. Daß ein nicht geringer Teil davon auf dem Ver-lustkonto der Gesell-schaft, bei der Stadt dagegen auf dem Gemein-nkonto steht, möge nach Verdienst gewürdigt werden. Einstim-mig in den Aufsichtsrat der Gesellschaft wurden zugewählt die Herren Geh. Kommerzienrat Aust, München, Kom-merzienrat Hinsberg, Barmen, Kommerzienrat Richard

Siehler, Berlin, Legationsrat Freiherr von Nidthofen, Berlin, Direktor W. Kleinman, Köln, Dr. jur. Karl Bofsch, Köln und Stadtverordnetenvorsitzer Dr. Rüdiger.

* **Anzüge und Mäntel für bedürftige entlassene Krieger.** Die Reichsbekleidungsstelle hat einen Versorgungsplan bekanntgegeben, wonach 750 000 Anzüge und 250 000 Män-tel aus getragenen Militärsachen und 500 000 neue An-züge für bedürftige entlassene Krieger bestimmt sind. Zu-nächst werden nur Anzüge und Mäntel aus getragenen Militärsachen abgegeben. Neue Anzüge müssen erst ange-fertigt werden, so daß eine Abgabe von neuen Anzügen bis auf weiteres noch nicht möglich ist.

Die Anzüge und Mäntel werden nur an bedürftige Entlassene abgegeben. Nach der Bekanntmachung ist be-dürftig, wer keinen noch brauchbaren bürgerlichen Anzug oder Mantel besitzt und derart unbemittelt ist, daß er sich diese Kleidungsstücke im freien Verkehr zu den dafür üb-lichen angemessenen Preisen nicht kaufen kann. 200 000 Anzüge und 50 000 Mäntel werden an die Vermittler der Entlassenen unentgeltlich abgegeben. Bei den übrigen Kleidungsstücken gewährt das Reich einen Zuschuß von 10 oder 14 Mark zur Verbilligung. Hierfür hat das Reichs-schatzamt 21 Millionen Mark bewilligt.

Mit der Abgabe der Kleidungsstücke sind die Kommu-nalverbände beauftragt worden. Die Dienststellen, die die Anträge der entlassenen Krieger entgegennehmen, und die Abgabestellen der Anzüge werden von den Kom-munalverbänden in den Tageszeitungen, durch Anschläge in den Dienstgebäuden und auf öffentlichen Straßen und Plätzen bekanntgegeben werden. Die Abgabe der Klei-dungsstücke erfolgt nur in den Kommunalverbänden, nach denen die Krieger nach dem Inhalt ihrer Militärpapiere von den Truppenteilen entlassen worden sind. Bei der Antragstellung ist der Militärpaß mitzubringen. Wird das Gesuch genehmigt, so wird den Entlassenen eine Be-dürftigkeitsbescheinigung ausgestellt. Nur gegen diese Be-scheinigung und einen Bezugsschein der örtlich zuständigen Stelle erhält er die Kleidungsstücke.

Es werden nur solche bedürftige Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine versorgt, die während des Krieges aus allen militärischen Verhältnissen oder nach dem Kriege infolge der Abrüstung entlassen wurden. Wer während des Krieges infolge Reklamation zur Aufnahme von Arbeiten usw. und dessen Wiederein-ziehung zum Heeresdienst nicht ausgeschlossen ist, wird auf diesem Wege nicht versorgt. Die Entlassenen erhalten nur einmal unmittelbar nach der Entlassung einen Anzug oder Mantel. Wer nach einem Kommunalverband entlassen wird, in dem er vor seiner Einberufung nicht gewohnt oder gearbeitet hat, dem wird empfohlen, sich die Bedürftigkeit bei seinem Truppenteile bescheinigen zu lassen, damit die Prüfung der Bedürftigkeit im Kommunalverbande vereinfacht wird.

Außer den Kleidungsstücken, die die Reichsbekleidungs-stelle an die Kommunalverbände liefert, werden auch von den Kommunalverbänden selbst Anzüge und Mäntel auf-gebracht. Sie müssen nach der Bekanntmachung der Reichs-bekleidungsstelle vom 23. Juli 1917 ein Drittel der ge-tragenen Männeroberbekleidung, die sie in ihren Altbeklei-dungsstellen gesammelt haben, für bedürftige entlassene Krieger zurückerstellen und dürfen sie nur an solche abgeben. Dadurch werden außer den von der Reichsbekleidungs-stelle zu beschaffenden 1 250 000 Anzügen und 250 000 Män-teln noch weitere erhebliche Mengen für die entlassenen Krieger zur Verfügung gestellt.

Die eben dargelegte Versorgung wird dazu beitragen, den Entlassenen den Uebertritt in das bürgerliche Leben und ihren Beruf zu erleichtern.

Aus Nah und Fern.

† **Aus Frankfurt a. M.** Auf dem Heimwege von einem lohnenden Einbruch in ein Pelzwarengeschäft auf der Zeil wurde gestern früh ein Einbrecher von einem Schuhmann festgenommen. Der Einbrecher hatte zuvor den Raub — Pelzwaren im Werte von 25 000 Mark — in ein Gebüsch der Taunusanlage geworfen, wo die Sachen später gefun-den wurden. — Montag früh wurde in der Altstadt der bekannte Einbrecher und Hehler Georg Linkel beim Ver-lauf von Brotarten überfallen und festgenommen. In Linkels Besitz fand man noch 1302 Stück gültige Brotscheine und mehr als 10 000 Mark bares Geld vor. — Bei der Ausführung von Erneuerungsarbeiten am Rathaus stürzte gestern nachmittag ein Dachdecker aus einer Höhe von fünf Stockwerken ab und war auf der Stelle tot.

† **Griesheim a. M., 22. Okt.** Auf dem hiesigen Bahn-hof fuhr ein von Frankfurt kommender Güterzug auf einen Rangierzug auf. Eine Anzahl Wagen samt Inhalt wurde erheblich beschädigt. Auch eine größere Menge Wein ging dabei verloren. Menschenleben kamen nicht zu Schaden.

† **Waldenburger, 22. Okt.** 15 000 Zentner städtischer Kohlen, die zur Gasbereitung Verwendung finden sollten, sind durch Selbstentzündung in Brand geraten. Die Kohlen haben ihren Wert als Gastohle verloren.

† **Wächtersbach, 22. Okt.** (Ein mutiges Mädchen.) Auf dem Gut Weiherhof rief unter schwerster eigener Lebens-gefahr die 18jährige Tochter des Gutspächters Max, Anna May, einen russischen Kriegsgefangenen unter den Hörnern eines wild gewordenen Stieres weg. Das Tier wollte den Mann gerade mit den Hörnern durchbohren. Schon als 16jähriges Mädchen hat das wackere Mädchen ihren Vater aus der gleichen Lage befreit.